

Die Tragödie hätte sich nicht verhindern lassen – Reaktion des ungarischen Innenministeriums auf die Vermutungen einzelner deutscher Journalisten

Unbegründete Schlussfolgerungen haben Mitarbeiter von Landesrundfunkanstalten des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gezogen, als sie mitteilten, der Tod der 71 Migranten, die am 27. August 2015 in einem Kühllastwagen bei Parndorf (Österreich) gefunden wurden, sei möglicherweise zu verhindern gewesen, hätten die ungarischen Behörden die abgehörten Telefongespräche der Schlepperbande rechtzeitig übersetzt und ausgewertet. Dem ist entgegenzusetzen, dass den ungarischen Behörden keine Informationen zur Verfügung standen, nach denen die Tragödie noch vor ihrem Eintreten vorhersehbar oder zu verhindern gewesen wäre.

Die auf Bulgarisch, Serbisch und Paschtu geführten Telefongespräche der einzelnen Mitglieder der Verbrecherorganisation wurden von den Behörden aufgezeichnet. Die Anhörung, Übersetzung und Auswertung der aufgezeichneten Gespräche erfolgt den technischen und fachlichen Vorgaben entsprechend nicht parallel zu den geführten Gesprächen. Bei den Ermittlungsbehörden gingen die Gesprächsunterlagen am 4. September 2015 ein. Diese Tatsache ist den Mitarbeitern der Landesrundfunkanstalten des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks bekannt, wurde jedoch verschwiegen.

Die Opfer dieses mit einer Tragödie endenden Verbrechens haben die Bedingungen und Umstände ihres Transports nicht in Ungarn mit den Schleppern verhandelt. Das Verbrechen wurde nicht von ungarischen Staatsbürgern begangen. Die ungarischen Behörden haben auf der Grundlage der ihnen von den österreichischen Behörden übermittelten Informationen binnen 12 Stunden nach Bekanntwerden der Tragödie die begründet tatverdächtigen Personen und deren Aufenthalt identifiziert und sie festgenommen. Ohne die Kompetenz und die professionelle Ermittlungsarbeit der ungarischen Polizei wären die Aufdeckung der Verbrecherorganisation und ihre strafrechtliche Verfolgung nicht möglich gewesen. Ein Dank an die ungarische Polizei!

Das Innenministerium